

In der

SCHLACHTZONE

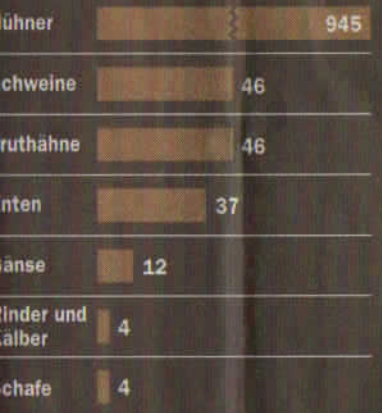
Der Preis für billiges Fleisch im Supermarkt sind Turbomast und Massentierhaltung mit mindestens 40 000 Hühnern oder 2 000 Schweinen in einem Stall; Ekelfutter, Tiertransporte und Medikamenteneinsatz. Viele Verbraucher sind nicht mehr bereit, diesen Preis zu bezahlen, sie kaufen bewusster ein und kämpfen hartnäckig gegen Großprojekte der Agrarindustrie. Ein Besuch der Widerstandsnester

von Jörg Schindler

...würden es mitmachen –
...mittlerweile.“

von Jörg Schindler

Was wir in unserem Leben essen
Der Durchschnittsdeutsche isst im Laufe
eines Lebens:



Die Schweine sind noch nicht da, Frau Wolf weiß nicht, wann sie kommen. Früher oder später, es spielt im Grunde keine Rolle. Sie wird so oder so weiterkämpfen. Sie kann nicht mehr anders.

Sie steht jetzt vor einem Trümmerhaufen. Eine kleine Frau von 59 Jahren, hager und trotzig. Da drüben, sagt sie, wird bald schon ein Maststall gebaut, 185 Meter lang. „Das muss man sich mal vorstellen.“ Hinter ihr sind zwei schwarze Gülle-Silos in die Höhe gewachsen, sie stehen fast im Wasser: Seit der Schneeschmelze ist die Annaburger Heide eine Seenlandschaft. Aber so ruhig, wie es jetzt ist, wird es nicht bleiben. Gerbisbach in Sachsen-Anhalt erwartet Zuwachs. Neben den 240 Menschen wohnen hier bald 30 000 Schweine.

Die Nachricht erwischte Gabriele Wolf kurz vor Weihnachten 2005. Der holländische Agrar-Industrielle Harry van Gennip, las sie, plane auf der verfallenen Jungrinder-Anlage „Fortschritt Gerbisbach“ eine Schweinefabrik. Von 4 500 Ferkeln war da die Rede, das klang irgendwie süß. Frau Wolf aber wollte es genau wissen. Mit ihrem Mann betreibt sie, keine 1 000 Meter entfernt, eine Hundeschule, sie verkaufen Polizei- und Minensuchhunde in die ganze Welt. Hunde haben empfindliche Nasen. Schweinegülle stinkt erbärmlich. Frau Wolf begann zu ermitteln.

20 000 Euro für die Bürgermeisterin

Heute sitzt die Deutschlehrerin im Stadtrat von Jessen, die Schweine haben sie zur Politik gebracht. Sie führt die Fraktion „Bürgerbewegen Probleme“, die bei den Wahlen 2009 als einzige satt dazu gewann. Mit ihrer Initiative hat sie, im spärlich besiedelten Landkreis Wittenberg, 5 200 Unterschriften gegen die Schweinefabrik und die jährlich zu erwartenden 33 000 Kubikmeter Gülle gesammelt. Sie hat sich alle Informationen über den Statthalter des Investors, den früheren Landwirtschaftsminister Helmut Rehmann (SPD), besorgt. Was sie dabei erfuhr, hat sie nicht amüsiert. Rehmann schied 1996 aus dem Amt, weil er unrechtmäßig Fördermittel verteilt hatte. Inzwischen ist er Unternehmensberater und versuchte als van Gennips rechte Hand unter anderem, eine weitere Großanlage im sachsen-anhaltinischen Mahlwinkel durchzusetzen, indem er der Bürgermeisterin 20 000 Euro anbot.

Mehrfach konnten Frau Wolf und ihre Mitstreiter dem Ex-Minister auch in ihrem Fall Mausechelen nachweisen. Verhindern konnten die Bürger die „Riesen-Schweineerei“, wie Wolf sie nennt, aber nicht. Im August 2009 erhielten die Investoren die Genehmigung. Ans Aufgeben aber denkt in Gerbisbach niemand. Postwendend reichten die Bürger Klage ein. Bis jetzt wurde noch kein Schwein in der alten Jungrinder-Anlage gesichtet. Frau Wolf weiß nicht, ob das so bleibt. Aber sie ist sicher: Die Zeit läuft für sie. „Schauen Sie sich den Dioxin-Skandal an“, sagt die Rebellin. „Inzwischen hat jeder gemerkt, dass in der Massentierhal-

tung das Gewinnstreben größer ist als das Gewissen. Der Widerstand nimmt überall zu.“

Das ist in der Tat so. Ähnlich wie in Gerbisbach haben sich in den vergangenen fünf Jahren in ganz Deutschland Hunderte Gruppen formiert, die gegen gigantische Schweine- und Hühnermastanlagen auf die Barrikaden gehen. Im Landkreis Demmin (Vorpommern) wehrt sich die Bürgerinitiative „Leben am Tollensetal“ gegen die größte Ferkelzuchtanlage Europas, die der Holländer Adrian Straathof errichten will. In Weißenfels (Sachsen-Anhalt) klagen Anwohner gegen den massiven Ausbau des Schweineschlachthofs der Firma Tönnies. In Neustadt-Hagen (Niedersachsen) stehen Bürger gegen 37 500 Hähnchen, in Köhren-Harpstedt (Niedersachsen) gegen 39 600, in Westermarsch gegen 39 770.

In der Hühner-Hochburg Emsland, wo Investoren zu den 32 Millionen vorhandenen Masttieren zehn Millionen weitere pferchen wollen, haben Bewohner im vergangenen Jahr nahezu Unmögliches geschafft: Dort stoppte der Landkreis alle Genehmigungsverfahren, solange keine schlüssigen Brandschutzgutachten vorliegen. Im ostniedersächsischen Wietze wiederum wehren sich Bürger vehement gegen den größten Hühnerschlachthof Europas, den der Emsländer Geflügel-Multi Rothkötter am Stadtrand hochzieht. Drei Busse voll Menschen werden alleine von dort am Sonnabend zur Demo „Wir haben es satt!“ nach Berlin kutschiert. Dabei gibt es in Wietze gerade mal 8 000 Einwohner. Demnächst allerdings auch 134 Millionen Hühner pro Jahr. Es sei denn, die Wietzer haben mit ihren Klagen Erfolg.

Eine ganz große Koalition einfacher Bürger macht derzeit vor allem in Nord- und Ostdeutschland Front gegen die Massentierhaltung, die offiziell erst bei 40 000 Hühnchen oder 2 000 Mastschweinen beginnt. Der Widerstand wird fast immer angeführt von Anwohnern, denen die Aussicht auf Tausende Güllelaster, ammoniakversuchte Felder, Keime und Seuchen vor der Haustür den Appetit verdirbt. Dazu gesellen sich Vegetarier, Tier- und Umweltschützer, Gentechnikgegner und politisch Überzeugte, die wissen oder zumindest ahnen, was industriell erzeugtes Fleisch für die Regenwälder, für die Kleinbauern der Dritten Welt und für die eigene Gesundheit bedeuten. Auch die Kirchen, etwa im Münsterland, raffen sich zusehends dazu auf, die Schöpfungslehre aus Tiersicht zu betrachten und ethische Debatten anzustoßen. Dann sind da noch die konventionell wirtschaftenden Bauern, die von den Preisen der Agrarindustrie nicht überleben können „und irgendwann nicht mehr da sein werden“, sagt Eckehard Niemann.

Niemann, ein Ex-Landwirt und Ex-Greenpeace-Aktivist, wundert sich gelegentlich selbst über die Widerstands-Welle, die durchs Land schwappt. Dabei hat sie der 62-Jährige mit dem grauen Rauschbart selbst mit angestoßen. Niemann ist Mitgründer der Arbeitsgemeinschaft bäuerli-

che Landwirtschaft (AbL), die seit mehr als 30 Jahren unverdrossen gegen die Agrarindustrie und ihre Lobby zu Felde zieht. Außerdem spannte er im September 2009 das Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“, dem sich mehr als 100 Initiativen und Verbände angeschlossen haben. „Das ist schon frappant“, sagt Niemann, der sich sicher ist: „Ich werde das Verbot der Massentierhaltung noch erleben.“

Danach freilich sieht es aktuell nicht aus. Eher im Gegenteil. Die wachsende Widerstandsbewegung hängt direkt mit der Welle der Genehmigungsanträge zusammen, mit der Großschlächter und Großmäster seit etwa sechs Jahren die deutschen Behörden überrollen. Und die von diesen oft erstaunlich schnell durchgewinkt werden.

Es waren holländische Schweinebarone, die den hiesigen Wettlauf um die größten Mastanlagen maßgeblich mit angestoßen haben. Zu Hause nämlich bekommen sie keinen Fuß in die Tür, seit der dortige Markt hoffnungslos übersättigt ist und die damit zusammenhängenden Umweltprobleme die Niederländer wachgerüttelt haben. Deren Regierung reagierte, indem sie den Agrarmultis eine Art Stilllegungsprämie anbot. Die Fleischkonzerne nahmen das Geld dankend an und drängten damit auf den deutschen Markt, was die Branchengrößen hierzulande veranlasste, immer größere und rentablere Fabriken zu planen. Seither sind überdachte Kleinstädte mit bis zu 400 000 Hähnchen und weit mehr als 60 000 Schweinen keine Seltenheit mehr.

Die deutsche Politik, sagt die BUND-Agrarexpertin Reinhild Benning, rolle den Investoren den roten Teppich aus. „Schwarz-Rot hat damit begonnen, und Schwarz-Gelb zieht es radikal durch.“ Dass der hiesige Geflügel- und Schweinemarkt längst ebenfalls übersättigt ist – geschenkt. Die Bundesregierung wolle die Welt mit Billigfleisch beglücken, so Benning. Viele Gesetze und Vorschriften, die nach der BSE-Krise 2001 erlassen wurden, seien deshalb in der Ära von CDU-Kanzlerin Merkel kassiert worden. So wurden Anwohnerrechte stark eingeschränkt, der Tierschutz weiter ausgehöhlt, die Genehmigungsverfahren für Großställe vereinfacht. Die Folge: Zu den bestehenden 2 000 Großmästereien für Geflügel sollen rund 900 weitere dazu kommen. Auffällig ist dabei, dass die meisten Anlagen für knapp unter 40 000 Tiere konzipiert sind. Das Recht auf Öffentlichkeitsbeteiligung beginnt bei 40 000 Hähnchen.

Für 60 Millionen Hühnchen und 28 Millionen Schweine ist Platz in den Ställen des Massentier-Musterlands Deutschland. Die Politik, schimpft Niemann, habe diese großindustrielle Landwirtschaft erst geschaffen, die die Kleinbauern karnalisieren, von einem Skandal zum nächsten stolpere – und die eine stetig wachsende Zahl von Verbrauchern gegen sich hat. Fragwürdige Genehmigungen werden zwar trotzdem immer wieder erteilt. Aber es gibt auch Ausnahmen von der Regel

„Die Bundesregierung möchte die Welt mit Billigfleisch beglücken.“

BUND-Agrarexpertin
Reinhild Benning

Ernst Pries' Widerstand geht jetzt ins achte Jahr. Oder ins achtunddreißigste. Je nachdem. Man kann sagen: Pries hat sein Leben den Schweinen gewidmet. Er hat es sich nicht ausgesucht – er wurde dazu gezwungen. In der DDR brachte ihm das 25 Jahre Beobachtung durch die Stasi ein. Ernst Pries ist ein freundlicher alter Mann, ein dünner Haarkranz umrahmt seinen Schädel vom Scheitel bis zum Kinn. Er ist jetzt 77 Jahre alt. „Eigentlich habe ich die Schnauze langsam voll“, sagt er. „Aber was bleib mir übrig, ich häng' ja nun mit drin.“ Pries steht an diesem Morgen vor einer Schranke in Haßleben, hinter der Schranke stehen verfallene Hallen auf einem 100 Hektar großen Grundstück. Es sind die Überreste eines ehemaligen Zuchtkombinats der DDR, das hier gegen alle Bedenken ab 1973 geplant wurde.

Größte Schweinefabrik Deutschlands

Bis zu 140 000 Schweine wurden in Haßleben, mitten in der Uckermark, gemästet. Wobei das Fleisch in den Westen ging, nur bei Notschlachtungen gab es in Haßleben Koteletts. Pries, ein früher Naturschützer, war schon damals gegen die Fabrik. Der ewige Gülleregen verseuchte die Gegend, der Kuhzer See und viele andere Gewässer kippten. „Hier im Boden“, sagt Pries, „gab es die höchsten Phosphor- und Stickstoffwerte, die je in Deutschland gemessen wurden.“

Haßleben atmete auf, als das Kombinat 1991 geschlossen wurde, die Natur erholte sich. Dann standen 2003 der Holländer van Gennip und sein deutscher Adlatus Rehmann – dasselbe Pärchen wie in Gerbisbach – vor der Tür. Und Pries dachte: „Jetzt geht das schon wieder los.“

85 000 Schweine wollte der Agrarkonzern ursprünglich nach Haßleben bringen, inzwischen sind es 68 000 – noch immer Deutschlandrekord. Die Sache war ganz einfach, die Gemeinde, der Kreistag, das Land stellten sich hinter das Projekt, die Genehmigung schien nur noch Formsache zu sein.

Dann formierten sich die Bürger. Unterstützt vom BUND, der AbL und von Mitstreitern aus ganz Deutschland stellten sie sich dem Konzern und der Politik entgegen. Sie zerplückten van Gennips Waldgutachten, das der Region ernsthaft Stickstoffmangel attestiert hatte. Sie wiesen nach, dass der mühsam erholte Kuhzer See kein Gramm Phosphor mehr verträgt. Sie fanden heraus, dass die Schweinefabrik eine akute Gefahr für das empfindliche Kuhzer Moor bedeutet. Van Gennip und Rehmann änderten daraufhin mehrfach ihren Antrag. Sie sponserten das lokale Fußballteam und unterstützten nach Kräften eine eigene Bürgerbewegung, „Pro Schwein“. Die Genehmigung blieb aus. Vom Tisch ist sie aber nicht.

In Haßleben traut niemand dem Frieden. „Das Ding ist nicht genehmigungsfähig“, sagt Gerhard Patzer, der zu DDR-Zeiten in der Aufbauleitung des Schweinekombinats saß. Aber er hat zu viel erlebt, damals wie heute. „An dem Schlüssel“, sagt Patzer, wird so lange gefeilt, bis er ins Schloss passt.“ Den Bürgern bleibt nichts anderes übrig, als das Schloss auszutauschen. So oft es eben geht.



JÖRG SCHINDLER

Gabriele Wolf, 59, aus Gerbisbach machte die Sorge um ihre Zuchthunde zur Kämpferin gegen Massentierhaltung. Sie ging in die Politik, vernetzte sich mit Bürgern im Land und betreibt den Widerstand heute als Fulltime-Job. Wenn Schweinefleisch weniger kostet als Hundefutter, sagt sie, dann kann etwas nicht stimmen.



JÖRG SCHINDLER

Ernst Pries, 77, musste zu DDR-Zeiten in der Uckermark Hecken pflanzen, damit Touristen-Trabis nicht mit Gülle bespritzt wurden. Das war der Punkt, als er begann, sich gegen die Schweinemast in Haßleben zu wehren. Heute, mit 77 Jahren, wehrt er sich wieder. Politikern, sagt er, kann man nicht trauen – weder damals noch heute.



PRIVAT

Eckehard Niemann, 62, fordert seit vielen Jahren ein Verbot der Massentierhaltung. Noch nie wählte er sich so kurz vor dem Ziel. Gewiss, Fleisch würde dann viel teurer werden, sagt der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. „Aber die Leute würden es mitmachen – so weit sind wir mittlerweile.“